

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

13.4.1927 (No. 87)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gesetze frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt das Karlsruher Recht. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Parteipolitik u. Parteitaktik

Bei einer Gegenüberstellung der Worte „Parteitaktik“ und „Parteipolitik“ zeigt sich sofort, daß sie einen Gegensatz bedeuten. Praktisch wird dieser Gegensatz am besten demonstriert durch das Verhalten der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie es in den letzten Monaten während der Regierungskrise und der Parlamentsession des Winters zu beobachten war. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat Parteipolitik getrieben, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat parteitaktische Aufgaben erfüllt.

Der Parteipolitiker kennt nur ein Ziel: die Eroberung der politischen Macht, um mit Hilfe dieser Macht das Parteiprogramm zu verwirklichen. Der Parteitaktiker schaut in erster Linie auf die Kampflage, in der sich die Partei befindet, und arbeitet daran, diese Lage zu verbessern. Selbstverständlich wird auch der Parteipolitiker die Erfordernisse der Parteitaktik nie außer acht lassen; genau so, wie der kühne Feldherr, der eine Offensive zur Erringung des Sieges plant, vorher alle Voraussetzungen erfüllen wird, die ihm eine erfolgreiche Durchführung des Planes gestatten. Die Hauptsache aber ist und bleibt die Schlacht. Der Taktiker dagegen wird meistens über Vorbereitungen, Aufmarschpläne, Dislozierungen usw. nicht hinauskommen und den richtigen Augenblick zum Schlagen oft übersehen.

Im übrigen ist es in der Politik wie im Kriege: Siege müssen so rasch als möglich errungen werden; denn man weiß nicht, ob die Gesamtsituation nach Ablauf einer bestimmten Frist noch dieselbe ist. Kann eine Partei parlamentarische Erfolge gleich erringen, kann sie sofort irgendwie an die politische Macht heran, so ist es vielleicht gefährlich, diese Möglichkeit ungenutzt zu lassen und sich darauf vorzubereiten, daß nach Jahresfrist die politische Macht noch besser und noch gründlicher erobert werden kann. Gätten wir ein Zweiparteiensystem in Deutschland, so wäre ein derartiges Kalkül eher zu begreifen. Solange es aber in Deutschland ein Reichsparlament gibt, war — mit Ausnahme ganz weniger Jahre zu Anfang des Reichstags — immer die Bildung bestimmter Koalitionen notwendig. Koalitionspolitik war und ist die Basis, auf der sich das parlamentarische Geschehen im Reichstag vollzog; und sogar nach den Wahlen zur Nationalversammlung nach der Revolution mußte die Sozialdemokratie, da sie allein nicht die Mehrheit hatte, Bündnisse mit anderen Parteien schließen. Was die badische Politik anlangt, so ist auch sie vom ersten Tage an Koalitionspolitik gewesen.

Und so wird es höchstwahrscheinlich bleiben. Mögen die Wahlerfolge der Sozialdemokratie bei den kommenden Reichstagswahlen noch so groß sein, so rechnet doch kein Mensch damit, daß sie die Mehrheit gewinnen wird. Möglich ist es, daß die Parteien der alten Weimarer Koalition zusammen eine ausreichende Mehrheit erringen. Aber wer vermag dafür eine Garantie zu bieten, daß dann, nachdem innerhalb Jahre gegenseitiger Befämpfung vorübergerauscht sind, eine solche Koalition überhaupt noch zustande kommt? Und, wenn die Parteien der Weimarer Koalition nicht die Mehrheit erobern, was geschieht dann? Dann muß eben wieder Koalitionspolitik gemacht werden, und zwar auch wieder eine Koalitionspolitik, bei welcher man die Deutsche Volkspartei nicht gänzlich wird ignorieren dürfen.

Alle diese Erwägungen entbinden den Parteitaktiker nicht von der Pflicht, den Wahlkampf ordentlich vorzubereiten und alles zu tun, was geeignet ist, den Sieg an die Fahnen der eigenen Partei zu besten. Aber die Parteipolitik, der Versuch, die politische Macht nicht nur auf dem Umwege über die Wahlen selbst, sondern auch in der Zeit zwischen den Wahlen auf dem Umwege über ganz bestimmte Bündnisse zu erobern, dürfte deshalb nicht ruhen. Der Verzicht auf eine aktive Parteipolitik, das Verharren in der Opposition um des parteitaktischen Erfolges willen, wird gewiß die Situation für die Wahl verbessern, aber nie und nimmer die Garantie eines Wahlsieges verschaffen können, eines Wahlsieges, bei welchem von der Partei die Mehrheit errungen wird.

Es ist außerordentlich interessant, zu lesen, in welcher Weise sich in den letzten Tagen einer der Führer der Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Scheidemann, mit den hier von uns angeführten Fragen befaßt hat. Scheidemann geht in der richtigen Selbsterkenntnis davon aus, daß, wenn der Sozialdemokratie die heutige parlamentarische Situation nicht gefalle, sie

selbst daran nicht ganz schuldlos sei, da „sie sich manchmal zu sehr von Radikalismus habe einfangen lassen.“ Die Deutschnationalen seien die Klügeren gewesen, sie hätten klar erkannt, daß „das Ziel allen politischen Wirkens die Eroberung der politischen Macht ist.“ Wohin radikale Phrasen führen, das sieht man, so betonte Scheidemann, bei den Kommunisten: Selbst wenn sie im Reichstag bei seltenen lichten Augenblicken etwas Verständiges vorschlägen, beachtet sie kein Mensch, weil ihr andauerndes törichtes Geschwätz sie um alle Beachtung gebracht hat. Das sind Dinge, aus denen wir lernen müssen. Es war nicht immer richtig, so rasch wieder aus der Regierung auszuschleiden!

Der Karlsruher „Volkfreund“ drückt diese Ausführungen ab mit der Bemerkung, Scheidemanns taktische Auffassung decke sich genau mit der Auffassung, die der „Volkfreund“ stets und konsequent zum Ausdruck gebracht habe. Man kann hinzufügen, daß diese Auffassung auch die der badischen Sozialdemokratie schlechthin ist. Auch vom Standpunkt der übrigen republikanischen Parteien aus betrachtet, sind die Erklärungen Scheidemanns nur zu begrüßen. Zentrum und Demokratie hätten es von jeher lieber gesehen, wenn diese Auffassung die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bestimmt hätte. Die Frage drängt sich ganz von selbst auf, ob Scheidemanns Erkenntnis nicht noch jetzt praktische Auswirkung finden wird.

### Das englische Frauenwahlrecht

Die Londoner Blätter melden, daß das Kabinett die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Frauen vom 21. Lebensjahre ab ohne Vorbehalte beschlossen hat. Der „Daily Mail“ zufolge vermehrt sich infolgedessen die Zahl der Wahlberechtigten um 4½—5 Millionen Frauen. Von diesen sind 2 Millionen über 30 Jahre alt. Es war ihnen jedoch bisher durch gewisse einschränkende Bestimmungen das Wahlrecht entzogen. Die Einschränkungen, die jetzt fallen sollen, waren gewisse Vorbehalte betr. die Dauer des Wohnsitzes, die wirtschaftliche Betätigung usw. Der Beschluß des Kabinetts erfolgte erst nach lebhaften Erörterungen und gegen den energischen Widerspruch einer Anzahl Minister und konservativer Parteiführer.

### Die Lage in China

Der Zwist im Lager der Kantonesen spitzt sich zu. Einer Sabotageaufgabe zufolge, will General Tchanglangtsch heute in Kanton die Hauptführer des rechten Flügels der Kuomintang-Partei verhaften. Es sei wahrscheinlich, daß der offizielle Bruch mit Kanton erfolgen werde auf der Grundlage: Annahme der Rolle der Großmächte und Reaktion gegen die Einmischung Sowjetrußlands.

In Schanghai haben Kämpfe zwischen Kommunisten und Antikommunisten stattgefunden; erstere sollen bedeutende Verluste erlitten haben. Der Führer der Gewerkschaften wurde festgenommen und vor ein Kriegsgericht gebracht. Er soll eingestanden haben, von den Kommunisten befehligt worden zu sein, um den Führer des rechten Flügels der Kuomintang-Partei zu ermorden. Der Verhaftete hat einen Befehl über die Entwaffnung der Gewerkschaften unterzeichnet. Von Anhängern Tchanglangtschs wurden in den Büroräumen der roten Arbeiterverbände Hausdurchsuchungen veranstaltet, wobei es zu Zusammenstößen kam. 15 Arbeiter wurden getötet, 600 Arbeiter festgenommen.

Die Kantonesen beabsichtigen, ihre Hauptstadt nach Kanton, der alten Südhauptstadt Chinas zu verlegen.

Die Lage an der Front scheint sehr verworren. Während englische Meldungen von einer vernichtenden Niederlage der lantonesischen Truppen sprechen, behaupten die Anhänger der Kuomintang, daß alle diese Alarmmeldungen unwahr seien. Rufus bei Kanton wurde jedoch von den Nordtruppen bereits besetzt. Kanton selbst wurde von Fliegern der Nordtruppen bombardiert, es wird in Verteidigungszustand versetzt. Zwei lantonesische Kreuzer haben in die Schlacht um Kanton eingegriffen und sind von dem nördlichen Ufer besetzt worden.

Die erste Reise der „Newport“. Bei der Begrüßungsfeierlichkeit anlässlich der Ankunft des Dampfers „Newport“ im Hafen von Newport wählten Bürgermeister Walker und Generaldirektor Dr. Cuno herzlich gehaltene Ansprachen, worin sie den hohen Wert der freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Völker im Interesse des Weltfriedens betonten und dem neuen Dampfer die besten Wünsche für die weitere Entwicklung des Schiffsverkehrs mit auf den Weg gaben. Der Bürgermeister überreichte als Geschenk ein Gemälde „Die Einfahrt in den Hafen von Newport“, Dr. Cuno eine Plakette mit einer Darstellung des Dampfers „Newport“. Die Musik spielte das Deutschlandlied und die amerikanische Nationalhymne.

Die Eisenbahn München—Nosenheim elektrifiziert. Die elektrifizierte Bahnstrecke München—Nosenheim ist am Dienstag in Betrieb genommen worden. Die Durchführung der Elektrifizierung über Kufstein bis Innsbruck soll dank dem Entgegenkommen der österreichischen Bundesverwaltung, die mit Strom ausliefert, bis die Unterstation Nosenheim im Bau vollendet ist, in nächster Zeit erfolgen.

### Bodenverbesserung

Forderungen der deutschen Landeskulturvereine. Bei der Aufstellung des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist die Bodenmelioration verhältnismäßig schlecht weggekommen. Von den 240 Millionen Mark, die nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgesehen sind, fallen nur rund 42 Millionen Mark auf Bodenverbesserung sowie Fluß- und Bachregulierung. Allerdings sind 80 Millionen Mark für sogenannte kleinere Notstandsarbeiten bestimmt, worunter noch einige Meliorationen eingeordnet sein mögen. Im Vergleich zu den Wohnungsbauten und den Erdbungen sind das jedenfalls verhältnismäßig geringe Summen. Für die Obleandkultivierung der deutschen Obleandkulturgesellschaft sind z. B. nur 4 Millionen Mark in den Etat eingestellt worden.

Der Verein deutsche Landeskultur-Genossenschaften hat deshalb kürzlich die Forderung aufgestellt, daß Bodenverbesserungen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms in größerem Umfang vorgenommen werden müssen, als es bisher beabsichtigt war. Bei der heutigen schweren Lage der Landwirtschaft, so heißt es in der von diesen Genossenschaften angenommenen Entschädigung, dürfen nur solche Bodenverbesserungen durchgeführt werden, die die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Betriebe erhöhen, insbesondere also Drainagen von Ackerflächen, Verbesserung und Neuanlage von Grünland. Von gleicher Wichtigkeit sind auch Vorflutverbesserungen und Schwasserschnur. Die mangelhafte Berücksichtigung der Bodenverbesserungsarbeiten rührt daher, daß die Vergebung der Mittel von einer Beteiligung der Länder, die dazu infolge des Finanzausgleichs nur beschränkt in der Lage sind, sowie von einem umständlichen und bürokratischen Nachweis der Beschäftigung von Erwerbslosen bestimmter Art abhängig gemacht wird, eine Forderung, die bei der produktiven Bedeutung dieser Arbeiten für die Gesamtwirtschaft nur als ein überflüssiges Hemmnis bezeichnet werden kann. Diese Beschränkungen müssen in Zukunft in Wegfall kommen.

Zusammenfassend fordert der Verein deutscher Landeskultur-Genossenschaften, daß das Reich für die Landeskultur allein jährlich größere Mittel, etwa 50 Millionen Mark, zur Verfügung stellt, die zweckmäßigerweise zur Verbilligung des Zinsfußes der Meliorationsdarlehen verwendet werden sollen. Auf diese Weise würde etwa der drei- bis vierfache Betrag dieses Fonds als Darlehen aufgenommen und zu Meliorationen verausgabt werden können. Im Grunde genommen handelt es sich also hier um eine Zinsverbilligung.

Die Deutsche Bodenkultur A. S. hat in den letzten Jahren bereits rund 60 Millionen Mark an öffentlich-rechtliche Landeskulturgenossenschaften darlehensweise vergeben. Diese Summe ist aber unzureichend, und sie kann leicht verdreifacht werden, wenn das Reich einen Teil der Zinslast, die durch den allzu hohen Zinsfuß privater Kredite entsteht, auf sich nimmt. Das in diesen Zusammenhängen angelegte Geld ist zweifellos produktiv angelegt, denn durch die Verbesserung des Bodens wird ein höherer Ernteertrag ermöglicht. Sachverständige Land- und Volkswirte haben berechnet, daß durch die untrainierten Bodenflächen dem deutschen Volkseinkommen jährlich rund 3 Milliarden verloren gehen. Eine systematische Bodenverbesserung unter Gewährung von Mitteln der Erwerbslosenfürsorge würde einen Teil dieser Summen für die deutsche Volkswirtschaft retten können. Man darf daher wohl annehmen, daß dem Antrag des Vereins deutscher Landeskultur-Genossenschaften entsprechend das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung noch ergänzt wird.

Neuer Schiedspruch für die Zigarrenindustrie. Nachdem der Reichsarbeitsminister es abgelehnt hatte, dem Antrag der Tabakarbeiterverbände auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 25. März stattzugeben, wurde am Dienstag ein neuer Schiedspruch gefällt, der den Arbeitern eine Zulage von etwa 7½ Proz. zugestehet. Die Rohrerhöhung des ersten Schiedspruches belief sich auf 10 Proz. Wird der neue Schiedspruch, der bei den Tabakarbeitern wenig Gegenliebe findet, von diesen abgelehnt, so würde am Samstag die von den Arbeitgebern angebotene Massenauswertung beginnen. („Laut „Vorwärts“.)

Auflösung des litauischen Sejms. Das litauische Parlament wurde am Dienstag aufgelöst. Ein von den Sozialisten eingebrachtes Mißtrauensvotum war zuvor mit 45 Stimmen einschließlich der Stimmen der Minderheiten, darunter der Remelländer, gegen 30 Stimmen der Rechten angenommen worden. Eine Erklärung der Minderheiten, die vor der Abstimmung verlesen wurde, besagt, daß die memelländischen Deutschen, die jüdische Fraktion und die polnische Fraktion im Hinblick auf die Tatsache, daß die jetzige Regierung sich über die Beschlüsse des Sejms hinwegsetze, für das Mißtrauensvotum stimmen würden.

Der polnische Filmprotest überreicht. Der polnische Gesandte in Berlin, Ossowski hat am Dienstag eine Note überreicht, in der die polnische Regierung gegen den Film „Land unterm Kreuz“ Einspruch erhebt.

Die Opfer der Prohibition. Das Schabam gibt, wie aus Washington gemeldet wird, bekannt, daß seit dem Inkrafttreten des Prohibitionsgesetzes bisher 49 Beamte, 24 018 Automobile und 839 Schiffe im Gesamtwerte von über 62 Millionen Dollar sowie 5½ Millionen Gallonen Alkohol beschlagnahmt worden sind. Die Zahl der verhafteten Personen beträgt mehr als 300 000.

Proteststreik mexikanischer Geistlicher. Zum erstenmal seit dem Bestehen der katholischen Kirche antworten während der Karwoche in Mexiko keine Priester. Die Mexikaner besuchen zwar die Kirche, doch sind die Geistlichen aus Protest gegen die mexikanische Regierung abwesend.

## Politische Neuigkeiten

### Stand der Erwerbslosigkeit am 1. April 1927

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt auch in der zweiten März-Hälfte einen erstaunlichen weiteren Rückgang, und zwar um 305 000 gleich 21,2 Proz. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 15. März bis 1. April 1927 von 1 222 000 auf 946 000 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 214 000 auf 185 000. Die Gesamtzahl ging von 1 436 000 auf 1 131 000 zurück. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich von 1 664 000 auf 1 297 000 verringert. Der Gesamt rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat März beträgt 535 000 (1 696 000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. März 1927 gegenüber 1 131 000 am 1. April 1927). Aber die Krisenfürsorge liegt eine neuere Zahl nicht vor, da diese nur in der Mitte jedes Monats festgestellt wird.

### Der bayerische Staatshaushalt

Im Plenum des bayerischen Landtages wurde am Dienstag der Doppelhaushalt für die beiden Finanzjahre 1927 und 1928 vorgelegt. Der ordentliche Haushalt für 1927 weist in Einnahmen und Ausgaben je 707 355 100 M., jener für 1928 je 714 777 840 M. auf. Danach erhöhen sich die Gesamtausgaben für 1927 gegenüber dem Vorjahre um 38 300 000 M., für 1928 um 45 000 000 M. Im außerordentlichen Haushalt sind für das Jahr 1927 81 000 000, und für das Jahr 1928 30 Millionen angefordert.

Finanzminister Dr. Krausnick verwies in seiner Budgetrede auf den Gegensatz zwischen der Überschuldwirtschaft des Reiches und der aus engster gedroselten Ausgabewirtschaft der Länder. Der Minister anerkennt aber, daß die Übernahme der Erwerbslosenunterstützung zweifellos eine starke Entlastung der Länder bedeute und die Erhöhung der Biersteuerentfaltung in drei süddeutschen Ländern eine erhebliche Einnahmeverbesserung gebracht habe. Aber es handelte sich hier nicht um eine einseitige Bevorzugung, sondern um die gerechte Abgrenzung eines berechtigten Anspruchs auf Grund von Abereintommen und Gefehes. Mit Bedauern stellt der Finanzminister fest, daß die von Bayern erstrebte Verbesserung der Garantie des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes nicht durchgeführt werden konnte. Schließlich wandte sich der Minister gegen die Angriffe auf Bayern wegen seines Verwaltungsapparates, verwies dabei auf die außerordentliche Vergrößerung des Verwaltungsapparates des Reiches gegenüber dem Frieden und verlangte die Stilllegung bzw. Beschränkung der Gefehesgebungsmaschine.

### Unterirdischer Export

Aber die Ausbeutung saarländischer Kohlenflöze durch französische Gruben in Lothringen vergrößert die „M. B. J.“ beachtenswerte Tatsachen. Zu der bekannnten Ausbeutung der Saar-Kohlenvorkommen durch die französische Bergwerksgesellschaft Saar und Mosel werden in dem angeführten Bericht konkrete Zahlenangaben gemacht. In den Jahren 1922 bis 1925 wurden durch den in Lothringen befindlichen Schacht St. Fontaine 300 000 t Kohle aus dem Saarrevier ausgeführt. Im Jahre 1923 wurde sogar ein neuer Schacht, Elias Reunau, niedergebracht, der in die besten Saar-Kohlenflöze hineinführt. Durch einen unter den Auspizien der französischen Regierung und der Saarregierung abgeschlossenen Pachtvertrag wurde der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft ein Pachtfeld von 620 ha auf 99 Jahre übereignet; die dort fördernde Grube Carlsbrunn untersteht bemerkenswerter Weise weder der Aufsicht des Oberbergamtes Saarbrücken, noch hat sie Kommunalabgaben an die vom Abbau betroffenen Gemeinden zu zahlen, da Anlagen über Tage nicht vorhanden sind. Nach dem Ausweis der Gesellschaft förderte die Grube Carlsbrunn im Jahre 1926 278 000 t Kohle. Nach derselben Quelle wird hart an der Grenze eine neue Schachtanlage niedergebracht und eine Ausdehnung des Pachtfeldes angetrebt. Nun soll wiederum nach der „M. B. J.“ sich das Gerücht verdichten, daß auch die de Wendelschen Zechen ins Saargebiet vordringen wollen. Unmittelbar an der Saargrenze bei Ettingen baut die Gesellschaft eine neue große Arbeiterkolonie, und man nimmt an, daß in dieser Gegend ein neuer Schacht projektiert wird, der nach Lage der Verhältnisse nur der Ausbeutung von Saarkohle dienen kann.

Gerabsetzung des Wahlalters in England. In parlamentarischen Kreisen Londons verlautet, der Premierminister werde morgen bekannt geben, daß die Regierung beschloffen hat, den Frauen das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr ab zu gewähren, statt wie bisher vom 30. Lebensjahr ab, so daß sie künftig in dieser Beziehung mit den Männern gleichgestellt sein werden.

## Abschied von Donaueschingen

Wenn es hoffentlich auch zum allerletzten Mal keineswegs war, daß man aus irgendwelchen musikalischen Gründen nach der gastlichen Saarstadt gerufen wurde, so setzte immerhin dies Sinfoniekonzert zu Ehren des scheidenden Musikdirektors Heinrich Durlard den so häufigen Besuchen ein vorläufiges Ende; denn es war zugleich das offizielle Finale der Kammermusikaufführungen, die von 1921—1926 in Donaueschingen stattgefunden haben und nunmehr nach Baden-Baden übersiedeln.

Außerdem war aber diese letzte Veranstaltung als 41. Konzert der Gesellschaft der Musikfreunde, deren Orchester seit 1913 unter der zielbewußten Leitung H. Durlards stand, eine bedeutungsvolle langjährige künstlerische Zusammenarbeit, die nun ebenfalls in ihrer kulturellen Auswirkung gefährdet scheint. Denn nochmals zeigte sich deutlich, wieviel Sorgfalt da innerhalb eines Jahrzehnts auf die Heranbildung eines tüchtigen Orchesters verwendet worden ist und zu welcher wichtigen Wertfaktor aus bescheidenen Anfängen sich der Instrumentalkörper emporgearbeitet hat. Noch heute sind es dort in der Hauptsache einheimische Musikliebhaber, die den Stamm des Orchesters bilden, aber durch unermüdeten Eifer sind sie im Zusammenspiel inzwischen soweit über Dilettantenkreise hinausgewachsen, daß sie nicht nur Aufgaben des klassisch-romantischen Repertoires, sondern sogar moderne Partituren fast mühelos bewältigen. Ebenbürtig der Erziehung zur Orchesterdisziplin ist insbesondere auch das geistige Verständnis, mit dem sie einzelne Werke interpretieren; ja man darf ruhig aussprechen, daß in mancher Berufsvereinigung sich nicht soviel innere Anteilnahme und liebevolle Verknüpfung vorfindet. Möge es der Gesellschaft gelingen, sich wenigstens dies Erbe, das der seitherige Leiter ihr hinterläßt, zu erhalten und in seinem Sinne auch künftig produktiv zu verwerten!

Das letzte Konzert unter Heinrich Durlards' Direktion begann mit einer nachträglichen Beethovenverehrung. Die „Gegant“-Overtüre als Jubelgesang eines befreiten Volkes kam zu prächtiger Entfaltung. Es folgte ein Viola d'amour-Konzert von Rivaldi, für dessen Begleitung sich das Orchester gleichfalls mit erstaunlichem Können einsetzte. So list des recht selten gewordenen und eigentlich erst heute wieder — auch wissenschaftlich — entdeckten, und zu Ansehen

## Zur Mologoangelegenheit

schreibt der „Bad. Beob.“, indem er sich gegen die Behauptungen wendet, als hätten die Politiker Dr. Gaas und Dr. Wirth ihren Einfluß aufgegeben, um für die Mologa eine Subvention herauszuschinden, oder als ließ sich Dr. Höfner als Freund Dr. Wirths schließlich doch noch für eine Subvention bereit schlagen, folgendes:

„Es ist notwendig, festzustellen, daß weder Dr. Wirth noch Dr. Gaas bei irgend einer deutschen Stelle einen Schritt in der Subventionsangelegenheit unternommen haben. Gerade weil sie Mitglieder des Aufsichtsrates der Mologa sind, war diese Haltung die gegebene. Zu der Klage verschiedener Blätter, daß sich die beiden Politiker überhaupt an der Mologa nicht beteiligen, d. h. nicht in deren Aufsichtsrat eintreten hätten sollen, wird ausgeführt: Es gibt unter den Parteien der Blätter, die jetzt hegen, eine ganze Anzahl Abgeordnete und Führer, die an den verschiedenen Unternehmungen und sogar sehr stark beteiligt sind. Dabei fällt es keinem anständigen Menschen ein, sie zu verächtlichen, als würden sie ihre politische Stellung zu Gunsten der wirtschaftlichen Unternehmungen auszunutzen, an denen sie persönlich interessiert sind. Es ist eine Perfide sondergleichen, öffentlich und im Geheimen gegen verdiente Staatsmänner zu hegen und sie zu verleumden, die in erster Linie aus idealen Beweggründen sich einer Sache angenommen haben, die ihnen ausichtsreich schien.“

Abgesehen mußte die Reichshilfe für die Mologa auch aus politischen Gründen abgelehnt werden, denn sie hätte eine Förderung der russischen Konzeptionswirtschaft bedeutet, von der man sagen muß, daß sie Schiffbruch gelitten hat. In der russischen Presse wird zwar behauptet, daß die Schuld an Zusammenbruch der Konzeption reiflos auf Seiten der Konzeptionäre liege. Wenn auch zugegeben werden muß, daß diese infolge ungenügender Kenntnis des Landes und der dortigen Verhältnisse und auf Grund zu optimistischer Berechnungen schwere Fehler begangen haben, so ist die russische Betrachtung doch eine absolut einseitige zu nennen. Es wurde bereits auf die ungleiche Behandlung hingewiesen, welche den Konzeptionären in Rußland widerfährt. Nicht nur die Mologa sondern alle Konzeptionen können davon ein Lied singen! Das stärkste Beispiel ist der Sartiman-Konzern, der in Tschjatur eine Konzeption für lautsches Manganerz besitzt. Obwohl die Ausbeute anfangs eine sehr ergiebige war, ging sie und damit auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter, ständig zurück. (1925 Förderung 70 000 Tonnen, 1926 nur 22 000; 1926 Arbeiterzahl 4000, Febr. 1927 nur noch 1380). Und jetzt wird die Förderung überhaupt abgebaute! Also auch diese rechte Konzeption hat nicht das Erwartete gebracht, weder für Rußland noch für den Inhaber. Und was ist daran schuld? Vor allem der Umstand, daß das bürokratische sowjetische Wirtschaftssystem, das jeglicher Individualität entbehrt, der Wirtschaft die schwersten Fesseln auferlegt. Es ist daher eine Unmöglichkeit, aus den Konzeptionen auch nur die Unkosten auf die Dauer herauszuholen. Der eklantante Mißerfolg der russischen Konzeptionspolitik ist auch auf die viel zu geringe Zahl der Konzeptionen zurückzuführen. Ferner sind keine neuen Wirtschaftsgebiete erschlossen worden. Die Einnahmen — etwa 30 Millionen Goldrubel — haben für Rußland so viel wie nichts zu bedeuten. Daß es nach den gemachten Erfahrungen heute fast unmöglich ist, Viehhäber für Konzeptionen zu gewinnen, leuchtet ein. Die russische Konzeptionspolitik hat Schiffbruch gelitten und mit ihr die zahlreichen Konzeptionäre. Dabei ist leider viel deutsches Geld verloren gegangen. Vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus kann man es daher nur begrüßen, wenn die deutsche Regierung sich geweigert hat, das gute Geld der Steuerzahler dem verlorenen nachzuwerfen. Gewiß ist es auch beklagenswert, daß die größte deutsche Konzeption, die Mologa, unter die Räder gekommen ist. Vielleicht gelingen Versuche, noch etwas zu retten. Dann müßte aber die Sowjetregierung der Konzeption großzügig entgegenkommen. So lange sie aber auf dem Standpunkt steht, daß die Konzeptionen nur zum Schröpfen da seien, sind die Aussichten sehr gering.“

Reichskanzler Dr. Marx ist mit seiner Familie in einem badischen Kurort eingetroffen, wo er den Osterurlaub verleben wird.

Keine Reichspost A.-G. kein Tabakmonopol usw. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Reichspost ähnlich wie die Reichsbahn in eine A.-G. umzuwandeln, ein Tabakmonopol zu schaffen, das Branntweinmonopol zu erweitern und die Zuderkonzeption für den Danesplan auszuwerten, hat, wie die „B. Z.“ erfährt, keinerlei Tatsachen zur Grundlage. An der Meldung ist kein wahres Wort

## Vom Reichspatentamt

Die kürzlich erschienene vergleichende Statistik des Reichspatentamtes für das Jahr 1926 gibt ein anschauliches Bild von der außerordentlich umfangreichen Geschäftstätigkeit dieses Amtes. Die folgenden Angaben (in abgerundeten Zahlen) dürften von allgemeinerem Interesse sein. Die Zahl der Patentanmeldungen blieb im Jahre 1926 mit 61 400 nur ganz unwesentlich hinter der Rekordzahl von 65 000 des Vorjahres zurück. Im Jahre 1926 wurden 15 500 Patente erteilt. In dem gesamten Zeitraum seit Bestehen des Reichspatentamtes (1877—1926) sind 1 340 000 Patentanmeldungen eingereicht und 440 000 Patente erteilt worden. Von den Anmeldungen entfielen 83 Proz. auf das Inland, 17 Proz. auf das Ausland. An Gebrauchsmusteranmeldungen gingen 61 400 im Jahre 1926 und seit Bestehen des Gefehes (1891 bis 1926) im ganzen 1 280 000 ein. Davon kamen zur Eintragung im verfloffenen Jahre 41 100, insgesamt 976 000. Warenzeichen wurden 268 000 im Jahre 1926 angemeldet, 16 000 führten zur Eintragung. Seit Inkrafttreten des Gefehes (1894—1926) sind 637 500 Warenzeichen angemeldet und 362 000 eingetragen worden.

## Die großen Banderolenbetrügereien

Die gleichzeitig in Berlin, Hamburg und Köln begonnene Ermittlungen betr. die Banderolen- und Fälschungen auf dem Gebiete der Zigarettenfabrikation haben einen solchen Umfang angenommen, daß beim Landgericht I in Berlin ein Sonderbezernat eingerichtet wurde. Es handelt sich um Fälschungen von gangbaren bekannten Zigarettenmarken, sowie von Zigarettenbänderolen. Außer dem Inhaber der früheren Zigarettenfabrik Dora, Krafauer, wurden jetzt auch dessen Geschäftsführer, ein Frauinein Hofes, verhaftet, die angeblich große Mengen gefälschter Bänderolen nach Hamburg gebracht haben soll. Ferner wurde eine Reihe von Geschäftsführern festgenommen, die mit Krafauer in Verbindung standen. In Düsseldorf wurde ein Kaufmann Kohn aus Berlin verhaftet, bei dem man eine ganze Kofferladung gefälschter Bänderolen fand. Die ins Ausland (Italien) geflüchteten Fabrikanten Bing, Brüll und Kasch können, solange sie außerhalb der deutschen Grenzen bleiben, nicht verfolgt werden, da auf Grund von Zollbergehen eine Auslieferung nicht erfolgen kann. Wegen unrechtmäßigen Verschleiens bekannter Zigarettenmarken erfolgten zahlreiche Verhaftungen, und zwar hauptsächlich in Berlin.

## Ein Budapest Komunistenprozess

In Budapest begann am Dienstag eine Gerichtsverhandlung gegen den nach dem Sturze der Proletarier-Diktatur geflüchteten bolschewistischen Volkskommissar Jolán Szantó, der vor einiger Zeit unter falschem Namen nach Budapest zurückgekehrt war. Mitangeklagt sind 29 Personen, darunter der Führer der extremen Sozialisten, Stephan Bagli. Der Staatsanwalt erklärte, die Moskauer Internationale verfolge das Ziel, die Staatsordnung der abendländischen Zivilisation mit Waffengewalt zu stürzen. Als politische Parteien könne man nur diejenigen Parteien ansehen, die nicht im Widerspruch zum Staate selbst stünden. Diese seien ein Hund von Aufwieglern. Auch das Ausland ergreife mindestens gegen die kommunistischen Parteien Maßnahmen, sobald diese nach den Weisungen von Moskau vorgehen. — Das Landgericht Budapest erklärte sich jedoch für unzuständig und überwie die Angelegenheiten den ordentlichen Gerichten.

## Kurze Nachrichten

v. Kühmann auf dem Wege der Genesung. Das Befinden des Staatssekretärs a. D. v. Kühmann, der, wie erinnerlich, vor drei Wochen einen schweren Unfall erlitt, hat sich glücklicherweise zufolge in den letzten Tagen wesentlich gebessert, so daß mit seiner baldigen Entlassung aus der Klinik gerechnet werden kann.

Die Frage des Republikstiftungsgesetzes. Wie die Blätter erfahren, beruht die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht von bevorstehenden Erklärungen der Regierung zum Republikstiftungsgesetz auf Kombinationen. Wichtig sei, daß der Reichskanzler Dr. Herst demnächst eine Erklärung über diese Frage abgeben wird. Inhalt und Wortlaut der Erklärung seien jedoch noch nicht festgelegt.

Das Wahlrecht der Heeresangehörigen in der Tschechoslowakei. Der Initiativausschuß des Trager Abgeordnetenhauses beriet heute über den Antrag Dr. Gjedts (Deutsch-Sozialist) und Genossen, der Regierung wegen der Vorlage des Gefehes über die Entziehung des Wahlrechts der Angehörigen der bewaffneten Macht und der Gendarmarie des Mißtrauen auszusprechen. Der Antrag wurde abgelehnt.

gelangenden Instrumentes war Paul Hindemith, der die schmerzhafte Technik fabelhaft meisterte und einen erlesenen Genuß bot. Danach kam er auch als Komponist zu Wort. Sein neuestes Instrumentalwerk nennt sich ganz einfach „Spielmusik“ und trägt den Charakter einer Serenade etwa. Es ist wie ursprünglich diese selbst in erster Linie zum Vortrag im Freien bestimmt. Hindemith wendet sich damit der Jugendbewegung zu, für deren Eingekerkert, wie neuerdings die Musikantengilde als bedeutendste Vertreterin der volkstümlichen Musikschulpflege heißt, das Opus geschrieben ist. In Baden-Baden soll es auch von solch jungen Leuten gespielt werden; sie werden gewiß viel Freude an den leicht eingänglichen, überaus musikerfreundlichen drei Sätzen haben, obwohl ihnen die Ausführung noch reichlich Mühe bereiten wird. Der Komponist hat sich freilich zweifellos bemüht, auch in technischer Beziehung maßvoll zu sein. Trotzdem wird es aber Dilettanten, die das Instrumentalspiel lediglich soweit betreiben, wie es im Dienst der Jugendbewegung als einer Eingebewegung nötig ist, erhebliche Arbeit kosten, z. B. mit der Solotastatur oder gar der Solooboe fertig zu werden, die darin als konzertante Instrumente auftreten. In Donaueschingen interpretierten diese Stimmen zwei Künstler wie Paul Hindemith selbst und Obermusikmeister Kaiser (Tübingen); damit waren allerdings auch die Ansprüche erfüllt, die das Werk als weiteres Produkt in der Reihe von Hindemiths Kammerorchesterwerken (unter Vorzugung des Streichkörpers) auch künstlerisch nun einmal voraussetzt. Als erfreuliches Merkmal muß man aber dennoch prinzipiell hervorheben, daß von so ernsthaften Künstlern überhaupt versucht wird, durch solche Gebrauchsmusik die Lücke auszufüllen, die zwischen der heutigen Kunstproduktion einerseits und der größtenteils minderbewertigen Volksmusik andererseits kauft; und Hindemith hat sicherlich nicht Unrecht, wenn er von vornherein alle jene billigen Mittel meidet, mit denen bislang so viel Schaden angerichtet und gegen den gesunden Geschmack genüßigt wurde. Seine Originalität tritt überdies so stark und unverkennbar auch bei diesem Stück hervor, daß über die natürliche Frische und Ursprünglichkeit der Erfindung kaum eine Meinungsverschiedenheit aufkommen kann. Mit der Aufführung seiner Seiereren Serenade (op. 42) erwieb man noch dem dritten Mitglied des Arbeitsausschusses der Kammermusikfesten, Prof. Josef Gaas (München) eine besondere Ehre. Auch diese

Schöpfung trägt betont leichten und zuweilen humoristischen Charakter, auch an ihr bewundert man warme Empfindung und lebenswürdige Anmut, sie gehört aber ausschließlich auf Konzertpodium, da ihre Instrumentierung sehr überlegt und kunstgerecht geübt ist. Gerade dadurch dokumentierte sie aufs trefflichste die große Wandlung, die sich immerhin in den letzten Jahren — das Werk liegt seit 1915 vor — zugunsten einer wirklichen „Rückkehr zur Natur“ angebahnt hat.

Nach dem eindrucksvollen Konzert versammelte ein Bankett nochmals alle Besucher und Freunde, an ihrer Spitze den Führer zu Fürstberg, den bisherigen Protektor der Kammermusikfesten, der in herlichen Worten den geistigen Träger des Donaueschinger Gedankens dankte und insbesondere Heinrich Durlard durch Überreichung eines wertvollen Geschenkes ehrte. Weiter sprachen noch der Vorsitzende der Donaueschinger Musikgesellschaft Mall, danach Bürgermeister Fischer und Professor Gaas. Auch der neue Kurdirektor von Baden-Baden, Hochwälder, war erschienen, um im offiziellen Auftrag der Wädertstadt die nächsten Kammermusikfesten in seine Obhut zu übernehmen. Schließlich gedachte noch Heinrich Durlard persönlich mit schlichten Worten der schönen Jahre gemeinsamer Arbeit und vielfacher Erfolge und versprach, im Geiste Donaueschingers seine neue Stellung in Baden-Baden anzutreten und mit gleicher Zielrichtung das begonnene Werk dort energisch fortzuführen. H. Sch.

## Karlshuter Geschichts- und Altertumsverein

Der Karlshuter Altertumsverein (Ortsgruppe der Badischen Heimat E. B.) veranstaltete kürzlich einen Vortragsabend im Saale der Handelskammer (Bring Mar-Palais). Als Redner war Archivar Prof. Dr. Cartellieri gewonnen, der über das mittelalterliche Nittertum sprach. Prof. Dr. Cartellieri, der als Kenner der burgundischen Geschichte mit dem Thema besonders verwachsen ist, schilderte in übersichtlicher und die bestimmenden Linien klar hervorhebender Weise das Nittertum als soziale wie kulturelle Erscheinung, und verstand das regste Interesse für die mit ihm zusammenhängenden geistigen wie geschichtsphilosophischen Probleme bis zum letzten Augenblick wachzuhalten. Eine willkommene Unterbrechung des Vortrags gewährten die großenteils die Kultur des heimischen Nittertums illustrierenden Bildbilder. Die sehr zahlreich erschienene Zuhörerschaft dankte mit lebhaftem Beifall.

### Freispruch im Colmarer Prozeß

Im Haagprozeß in Colmar verneinen am Dienstag die Geschworenen sämtliche von der zivilisierenden Partei gestellten Fragen und der Vorsitzende verkündete, daß die Klage Haeghs gegen das „Journal“ und seinen Redakteur Helfsch abgewiesen ist.

In der weiteren Zeugenvernehmung hatte der derzeitige elsassische Korrespondent der Pariser Zeitung „Matin“, Bourson der ehemalige Mitarbeiter Wetterles und ferner auch Mitarbeiter der beiden französischen Generalkommissare im Elsaß, Rizon und Alapetit, war, erklärt, Frankreich sei mit dem besten Willen nach dem Elsaß gekommen; aber die Atmosphäre im Elsaß sei vergiftet. Sie wäre es nicht, wenn nicht die Presse des Abbe Haegh dazu beigetragen hätte. Im übrigen habe der Appellationsgerichtshof in Colmar festgestellt, daß die Autonomiebewegung antinational sei. Der Zeuge erklärte weiter, Reichsaußenminister Dr. Stresemann habe gelegentlich von „9 Mill. deutschen Volksgenossen gesprochen, die vom deutschen Reich getrennt lebten“. Er, der Zeuge könne die Ziffer von 9 Millionen nur dann sich erklären, wenn man dabei 1 700 000 Elsaß-Lothringer dazu rechne. Im Herbst 1926 und zwar nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe er, der Zeuge, den Besuch eines auf der Rückreise aus Genf begriffenen nordamerikanischen Journalisten erhalten. Dieser Journalist hatte in Genf eine Unterredung mit Staatssekretär von Schubert, der ihm mit Bezug auf die elssassische Frage gesagt habe: „Wir liegen auf der Lauer!“ (Nous sommes à l'affût). Als letzter Zeuge wird in der Nachmittagsitzung Abbe Zemb vernommen, der einer der führenden Männer des Heimatsbundes ist. Er bestätigt, daß Abbe Haegh mit der Heimatsbundesbewegung nichts zu tun gehabt hat.

Generalstaatsanwalt Facht stellte die Frage, ob Haegh durch die Artikelserie Helfschs in seiner Eigenschaft als Generalrat beeinträchtigt worden sei, denn lediglich dieser Eigenschaft verbande er es, daß dieser Prozeß vor dem Schwurgericht in Colmar stattfindet. Helfsch habe nur seine Pflicht als Journalist getan. Der Generalstaatsanwalt forderte die Geschworenen auf, die vorgelegten Fragen alle zu verneinen, ferner forderte er Haegh auf, sich mit seinem Gegner zu verständigen, ihm die Hand zu reichen und die Klage zurückzugeben. Hierauf gab Abbe Haegh die Erklärung ab, er habe in seinem Leben nie etwas anderes gewollt, als Elsaß und damit Frankreich zu dienen. Er habe diesen Prozeß nur angestrengt, weil man ihn einen Agenten Deutschlands nannte. Haegh schloß schließlich mit den Worten: „Ich glaube, Frankreich zu dienen, indem ich Elsaß-Lothringen diene.“

Der Rechtsanwalt Helfsch, der Vorstand der Pariser Anwaltskammer, Henri Robert, erklärt: Abbe Haegh! Siehen Sie auf und stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Es lebe Frankreich. Abbe Haegh tut dies, worauf Henri Robert feststellt, daß der Legende ein Ende bereitet sei, wonach das Elsaß sich von Frankreich trennen wolle. Das Publikum stimmt die Marschlaute an, während sich die Geschworenen zur Beratung zurückziehen. Als diese wieder erscheinen, werden Abbe Haegh Blumen mit einer blau-weiß-roten Schleife überreicht, die er hochhebt und mit Helfsch teilt.

Zum Ausgang des Prozesses wird der „Frankf. Ztg.“ aus Colmar geschrieben: Der sentimentale Ausgang des Prozesses wird im politischen Leben Elsaß-Lothringens doch eine nachhaltige Wirkung ausüben, die sich auch in Frankreich geltend machen wird. Der Abbe Haegh bildete bisher die Brücke zwischen der katholischen Volkspartei und der Heimatsbewegung. Er war bestrebt, der katholischen Partei die Sympathien der Heimatsbewegung zu erhalten, ohne die Verantwortung für sie zu tragen. Diese Zwischenstellung hat der Abbe Haegh heute preisgegeben und die gesamte katholische Presse wird sich gezwungen sehen von der Heimatsbewegung abzurücken. Die Entscheidung wird bei den Kammerwahlen im Frühjahr 1928 fallen. Wenn es dem Heimatsbund gelingt, bis dahin eine selbständige Organisation zu schaffen, so wird auch er seinerseits gezwungen sein, gegen die katholische Volkspartei aufzutreten. In jedem Fall ist in Elsaß-Lothringen ein sehr ernster Wendepunkt eingetreten, der noch sehr große Überraschungen bringen kann.

Reichspräsident v. Hindenburg ist Dienstag mittag in Hannover eingetroffen, um dort seinen Osterurlaub zu verbringen.

## Badischer Teil

### Das badische Wahlgesetz

In der Frühjahrsbezirkskonferenz der Zentrumsparlei des Parteibeirats Mühl gab Landtagsabgeordneter Seubert ein Bild der politischen Lage. Er erinnerte an die letzten Landtagswahlen, wo nur 64 Proz. der Wahlberechtigten gewählt haben und betonte, daß die Ursache dieser Wahlflauheit in erster Linie im derzeitigen Wahlsystem mit seinen gebundenen Listen zu suchen sei. Die Leute wollten dieses Wahlsystem einfach nicht und blieben daher zu Hause. Das neue Wahlgesetz, das in den letzten Tagen vom Kabinett beratschiedet und dem Landtag zugeleitet worden sei, bringe ungefähr die Erneuerung wieder. An Stelle der jetzt vorhandenen 72 Wahlkreise sollen künftig nur noch 22 treten. Wenn das innige Verhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern wieder hergestellt werde, werde auch das politische Interesse wieder erblühen. Es würde völlig genügen, wenn an Stelle der 72 Abgeordneten deren 40 im badischen Landtag säßen. Aber die kleinen Splitterparteien wehrten sich mit Händen und Füßen dagegen. Dabei wäre es kein Unglück, und es würde damit noch Geld gespart, wenn die kleinen Parteigruppen verschwänden.

### Tagung der badischen Obstbauvereine

In Heidelberg hatten sich die Vertreter der badischen Obstbauvereine zu einer Tagung zusammengefunden, auf der das Reichsernährungsministerium durch Ministerialrat Streit und die badische Landwirtschaftskammer durch ihren Präsidenten, Graf Douglas, vertreten waren. Aus den Ausführungen des Landwirtschaftsministers über „Obstbauverbesserung durch Versuchsringe“, ging hervor, daß im badischen Obstbau 14 Millionen Obstbäume gepflegt werden, und daß man mit Hilfe der landwirtschaftlichen Versuchsringe Einfluß dahin gewinnen will, daß im Lande Baden weniger Obstsorten, dafür aber ausgesprochene Qualitätsorten, gezüchtet werden, da der badische Obstmarkt noch zu viele Sorten aufweise, was auf die rationelle Bearbeitung hindernd einwirke. Für ein Zusammengehen der badischen Obstbauvereine mit der Interessengemeinschaft der Kleinrentner setzte sich Bürgermeister Bohmert, Ottenhöfen, ein eifriger Vorkämpfer der Rechte der Kleinrentner, ein, während Obstbauinspektor Bruder, Heidelberg, über die besonderen Verhältnisse der Bergstraße sprach. Daraus ging hervor, daß in den elf Gemeinden von Heidelberg bis Ludenbach an der hessischen Grenze, heute etwa eine Million Obstbäume stehen.

### Vom Badischen Schwarzwaldverein

Dem Jahresbericht des Badischen Schwarzwaldvereins ist zu entnehmen, daß sich die Gesamtzahl der Mitglieder im vergangenen Jahre um etwa 1500 verminderte, was auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt wird. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1926 rund 21 000. Die Anzahl der Orts- und Bezirksgruppen stieg von 91 (1925) auf 92 (Ende 1926). Neu hinzu kam die Ortsgruppe Wahlen. Die Gesamtausgaben sämtlicher Orts- und Bezirksgruppen einschließlich der umfangreichen Arbeiten belaufen sich auf etwa 100 000 RM., die Ausgaben des Hauptvereins auf etwa 70 000 RM., während die Einnahmen mit 78 000 RM. angegeben werden. Das Vermögen beträgt zur Zeit 25 000 RM. Die Monatsblätter haben im vergangenen Jahre an Umfang und Inhalt sehr erheblich gewonnen. Der Feldbergturn ist von 22 000 Wanderern (Nichtvereinsmitglieder) besucht worden. Für die Vornahme von unumgänglich notwendigen Reparaturen wird der Verein im neuen Jahre, seinem 64. Geschäftsjahre, erhöhte Aufwendungen machen müssen. Der Geschäftsbericht macht Mitteilungen über die Arbeiten an den Höhenwegen sowie über die Arbeiten an staubfreien Fußwegen (Ludwig-Neumann-Weg in der Wutachschlucht) usw. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf haben nicht ganz den Vorschlag von 12 000 RM. erreicht. Für das Werk selbst wurden an Revisionskosten usw. 10 800 RM. aufgewendet. Die Vorbereitungen zur Herausgabe der dritten Auflage des Werkes Otmanns, „Pflanzenleben des Schwarzwaldes“ nehmen einen raschen Fortgang. Anerkennende Worte findet der Bericht auch für die unter der Leitung des Gymnasialdirektors Dr. Hausrath stehende Bergwacht.

### Gemeinde-Rundschau

**Bürgermeisterwahlen.** Bei der Bürgermeisterwahl in Lauda, wurde Bürgermeister Konstantin Schilling aus Bad Dürckheim zum Oberhaupt der Stadt Lauda gewählt. — Bei dem stattgefundenen zweiten Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Bonndorf kandidierten wiederum dieselben Kandidaten wie beim ersten Wahlgang. Mit 494 von 908 abgegebenen Stimmen — wahlberechtigt waren 1023 Einwohner — wurde der Holzhändler Carl Julius Vogt in Bonndorf zum Ortsoberrhaupt gewählt. Josef Koch, Donaueschingen, erhielt 231, Ernst Rogg, Bonndorf, 106 Stimmen. — Der vor einem Jahre von der badischen Regierung bestellte kommissarische Bürgermeister in Hagenschwand, Kaufmann Eugen Schmidt, ist nach einjähriger Tätigkeit nunmehr von der Gemeinde Hagenschwand einmütig zum Bürgermeister gewählt worden. — Der Gastwirt „Zum Auerhahn“, Anton Grimm, wurde in Krumbach zum Bürgermeister gewählt.

Der Stadtrat Lörrach beschloß, die Ausführung des Gefallenendenkmals auf dem Ehrenfriedhof zu dem vom Bürgerausschuß hierfür genehmigten Betrag von 15 000 RM. gemäß dem Vorschlag des Preisgerichtes an Prof. Adolf Strübe, Berlin, zu übertragen. Am Denkmal sollen die Namen der gefallenen Lörracher Einwohner angebracht werden. Weiter stellte der Stadtrat fest, daß der gesamte Betrag der bewilligten städtischen Baubarlehen auf zwei Millionen angewachsen ist. Zur Herstellung einer Verbindung mit den umliegenden Gemeinden sollen eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung mit Beteiligung der Stadt gebildet und zunächst zwei Autoomnibusse beschafft werden.

### Aus der Landeshauptstadt

**Die Ausstellung für Friedhofskunst.** Verschiedentliche Anfragen an die Ausstellung für Friedhofskunst geben Veranlassung zur Mitteilung an alle, die sich als staatliche oder gemeindliche Behörden, als Vereinigungen, als Firmen oder private Aussteller an der Ausstellung beteiligen wollen, daß als Schlußtag für die Anmeldungen der 20. April festgesetzt wird und daß die Ausstellungsstätte sowohl für die Abteilung A (Adresse: Ausstellungsgut an das Bad. Landesgewerbeamt, Karl-Friedrich-Str. 17), als für die Abteilung B (Adresse: Ausstellungsgut an die Stadt Friedhofinspektion, Karlsruhe) bis 25. März hier eingegangen sein müssen. Wegen des Wettbewerbs für Grabdenkmäler und -gedenkeichen erhalten wir die Nachricht, daß an Stelle des an der Teilnahme am Preisgericht verhinderten Bildhauers Professor Schreyögg, Karlsruhe, sich Bildhauer Professor Böcher, Stuttgart, zur Übernahme des Preisrichteramts bereit erklärt hat.

**Dankbesuch in Saarbrücken.** Wie am 6. April 1927 bekanntgegeben wurde, versammelten sich am Montag, den 11. April, Vorstände hiesiger Vereine im Bürgercafé des Rathauses, um mit den Veranstaltern der Saarfahrt sich über das Programm auszusprechen. Es werden nunmehr nochmals Rundschreiben an die einzelnen Vereine gesandt werden, um bis spätestens 23. d. Mts. ihre endgültige Zusage mit genauer Angabe der Teilnehmer zu erwirken. Man rechnet bestimmt mit einer eindrucksvollen Zahl von Teilnehmern, da sich unsere Bevölkerung ihrer Dankes- und Ehrenpflicht gegenüber dem Saargebiet bewußt ist und die Fahrt ins Saarland gerade im Mai so viel Schönes bietet.

**Colosseum.** Wie uns mitgeteilt wird, ist es der Direktion gelungen, das weltbekannte „Theater künstlicher Menschen“ ab Samstag, den 16. zu einem kurzen Gastspiel zu gewinnen. Das Theater ist, wie es in einer Kritik heißt: „das feinste, reinste, nachhaltigste und überwältigend komischste dieser Art“, indem u. a. 23 Sänger, Sängerinnen und Akteure vom Coventgarten London und Scala in Mailand mitwirken. Es ist eine Sensation wie sie dieser Art in Karlsruhe noch nicht gezeigt wurde. Alles Nähere ist aus den Anzeigen ersichtlich.

**RESIDENZ - LICHTSPIELE**  
Waldstraße      Telefon 5111  
MAN SPIELT NICHT MIT DER LIEBE

## ZUM I. MAI

Giovanoli, Dr. F.

### Die Maifeierbewegung

Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen

(Sozialwissenschaftliche Abhandlungen I)

8<sup>o</sup>. XII und 140 Seiten, brosch., M. 4.50

#### Urteile:

Den Hauptwert des Buches sehen wir in der feinsinnigen psychologischen und soziologischen Analyse des Maifeiergedankens. Die Arbeit

Das Buch ist eine wahre Fundgrube. Es ist für jeden in der Arbeiterbewegung stehenden Kämpfer unentbehrlich. Die Welt am Abend

Verlag G. Braun  
in Karlsruhe



Rauchen Sie  
„Halpaus Mocca“  
die besonders gute  
und besonders preiswerte  
5-Pfg.-Cigarette!

Sie ist besser als die anderen!

Es liegt am Tabak!

Wir kaufen Qualitäten, wie man sie sonst nirgends für 5-Pfg.-Cigaretten verwendet, weil wir wissen, daß auf die Dauer nur überlegene Qualität sich durchsetzt.

# Halpaus Mocca

Die besonders gute, daher besonders preiswerte  
5 Pfg. Cigarette

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das böige, regnerische und kühle Wetter hielt auch gestern noch bei uns an. Im Gebirge ist vielfach wieder Schnee gefallen. Der hohe Druck breitet sich weiter über das Festland aus, doch ist nur langsame Besserung zu erwarten, da die Randwellen der großen, bei Island liegenden Zykone ziemlich weit nach Süden reichen und auch unser Gebiet streifen können. Voraussichtliche Witterung für morgen: nur langsam fortschreitende Besserung, noch zeitweise wolfig und einzelne Regenfälle, etwas wärmer.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 10 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten. Verordnungen: des Ministers der Finanzen: Vollzug des Befolgungsgesetzes; des Ministers des Innern: Gebührenordnung für die Prüfung von Aufzügen.

W.D. Germersheim, 12. April. In einem gestern nachmittag über Germersheim fliegenden französischen Militärflugzeug brach ein Bergaserbrand aus. Ein als Begleiter mitfliegender Flugschüler sprang aus dem Apparat und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen. Das Flugzeug konnte im Gleitfluge niedergehen und landete auf einem Wiesengelände in der Nähe des Rheins. Der Flugzeugführer blieb unverletzt. Das Flugzeug wurde zertrümmert.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	13. April		12. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.59	169.01	168.56	169.98
Kopenhagen 100 Kr.	112.43	112.71	112.42	112.70
Italien . . . 100 L.	20.51	21.87	20.50	20.56
London . . . 1 Pf.	20.465	20.517	20.461	20.513
Newyork . . . 1 D.	4.214	4.234	4.2140	4.2240
Paris . . . 100 Fr.	16.505	16.545	16.50	16.54
Schwiz : 100 Fr.	81.05	81.25	81.06	81.25
Wien . . . Schilling	59.27	59.41	59.25	59.40
Prag 100 Kr. 100	12.473	12.513	12.474	12.514

\* Zellstofffabrik Waldhof. Der Abschluß für 1926 ergibt, wie aus Mannheim gemeldet wird, einschließlich 95 000 RM. Vortrag nach 2,66 (2,48) Mill. Abschreibungen 3,60 (2,36) Mill. Reingewinn. Daraus erhält das für 1926 dividendenberechtigte St.-A.-K. von 25,15 (i. B. 20,15) Mill. eine Dividende von 12 (10) Proz.

Bereinigter Speyerer Ziegelwerke A.-G. Mannheim. Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz und beschloß aus dem Reingewinn von 56 590 RM. (darunter 36 258 RM. Vortrag) auf das 400 000 RM. betragende Aktienkapital eine Dividende von 6 Proz. zu verteilen und 22 990 RM. vorzutragen. Im laufenden Jahre ist das Geschäft befriedigend, die Vorräte sind verkauft. Das ungünstige Wetter allerdings beeinflusst die Produktion.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

Der zwischen der abgeordneten Gemarckung Hofwald und der Stadtgemeinde Triberg, Amtsbezirk Billingen, abgeschlossenen Vereinbarung über die Bereinigung der abgeordneten Gemarckung Hofwald mit der Stadtgemeinde Triberg mit Wirkung vom 1. April 1926 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 9. April 1927.

Der Minister des Innern:  
Remmelt

### Bekanntmachung

Das ärztliche Ehrengericht in Konstanz.

Nach Anhörung der Badischen Ärztekammer wird Regierungsrat Steiger in Konstanz zum rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Konstanz ernannt.

Karlsruhe, den 11. April 1927.

Der Minister des Innern:  
Remmelt

### Gestorben:

Geheimer Hofrat Professor Dr. Alfred von Domaszewski an der Universität Heidelberg.

**Detektiv** - laudat  
u. Privat-  
Auskenntnis  
**Argus** "Mannheim"  
O. 6. 6  
Planen  
Schloßstr. 33505  
R. Maier & Co., G.m.b.H.

**Eichenfreihandverkauf.**  
Das bad. Forstamt Randern verkauft aus den Domänenwäldungen freihändig: 27 Stk. Eichen I. u. II. Kl. a. u. b. mit rund 50 fm (Los I.) 46 Stk. III. Kl. a. u. b. mit rund 46 fm (Los II.); 51 Stk. IIIc Kl. (Ausschuß) mit rund 52 fm (Los III.); 202 Stk. IV. Kl. mit rund 127 fm (Los IV.); 94 Stk. V. Kl. mit rund 38 fm (Los V.); 66 Stk. Eichenschwellen I. u. II. Kl. mit 28 fm (Los VI.)  
Angebote wollen in Prozenten der bad. Landesgrundpreise (G. XII. 23.) bis spätestens Samstag, den 30. April d. J., vormittags 11 Uhr, schriftlich beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnis und nähere Auskunft durch das Forstamt, S. 313.

**Moringen**  
**Mai-Bock**  
Hell.

Ausschank dieses Starkbieres über die Feiertage

S. 310. Breiten. Das Konfessionsverfahren über das Vermögen des Karl August Bf. Landwirt in Bfingen, ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Breiten, 9. April 1927.  
Amtsgericht.

Das Wasser- u. Straßenbauamt Sinsheim verleiht nach dem Erlass des Finanzministeriums vom 3. I. 1907 namens der Gemeinde Nappengau: S. 314.  
a) die Lieferung von 550 fcb. m. Borbschwellen aus Granit (Blatt Nr. 432 der deutschen Industrienormen) und  
b) die Lieferung von 1500 qm Hartstein-Basalt-Gehwegplatten.  
Bedingungen liegen beim Bauamt auf. Angebote mit Aufschrift „Borbschwellenlieferung“ u. „Gehwegplattenlieferung“ sind verschlossen und portofrei bis 23. April 1927, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, an das Wasser- und Straßenbauamt Sinsheim einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Bruchsal. S. 300.  
Güterrechtsregistertrag Band III S. 160: Kramer, Karl Gebhard, Kaufmann, u. Wilhelmine Kramer geb. Zimmermann in Bruchsal. Durch Vertrag vom 26. März 1927 ist die Gütertrennung nach den §§ 1426 ff. des B. G. B. vereinbart.  
Bruchsal, 8. April 1927.  
Bad. Amtsgericht III.

Ettlingen. S. 293  
Güterrechtsregistertrag; Band II Seite 79: Streit Eugen, Metzger in Bruchsal, und Anna, geb. Zülz, verwitwete Brodbeck. Vertrag vom 28. März 1927: Gütertrennung.  
Ettlingen, 8. 4. 27.  
Amtsgericht.

**Les' Bücher**  
Wissen ist Macht!



**Badisches Landestheater**

Donnerstag, 14. April 1927  
\*B 22

(nicht Donnerstagsmiete)  
Th.-Gem. 2. G.-G.

**Tiefand**  
von d'Albert

Musikalische Leitung:  
Dr. Heinz Knoll

In Szene gesetzt von  
Otto Krauß

Sebastian Vogel  
Tommaso Lander  
Roruccio Böser  
Martha Blättermann  
Repa Seiberlich  
Antonia Bruttel  
Rosalia Banfa  
Ruti Wied  
Rebo Etzold  
Rando Siegfried  
Knecht Geddinge

Anfang 8 Ende gegen 10<sup>1/2</sup> U.  
I. Sperrst. Nr. 7.

Fr. 15. April: In der Festhalle: Karfreitag-Konzert

Sa. 16. April Bonaparte

Mein  
**Umsatz**  
hat sich im  
Februar verdoppelt  
**März verdreifacht**  
gegenüber Januar  
Der beste Beweis für meine  
**Konkurrenzfähigkeit**

**Kaufen auch Sie**  
im eigenen Interesse **nur in der**  
**Großen**  
**Dauermöbelschau**  
im Markgräflichen Palais Karlsruhe  
Größte Auswahl — Fachmännische Bedienung  
Zahlungserleichterungen — Franko Lieferung!

Wechselnde Ausstellung von ca. 100 Musterzimmern  
in wohnlicher Aufmachung

Eintritt frei von 1/2 9 bis 1/2 7 Uhr. G. 304

**Sparkasse Kork.**  
Geschäftsbericht für das Jahr 1926.

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Darlehen gegen 1. Hypothek	57 130.—	1. Einlagen	89 287.16
2. Darlehen an Private gegen Schuldschein	45 240.—	2. Überzogenes Konto	13 152.89
3. Guthaben bei Banken und Postämtern	2 611.46	3. Aufwertungsfonds	6 833.56
4. Einnahme-Rückstände	1 367.30	4. Rücklagen	637.69
5. Stückzinsen	1 166.77	5. Reingewinn	1 532.27
6. Kassenvortrag	3 530.44		
7. Inventar	397.60		
	111 443.57		111 443.57

Kork, den 12. April 1927. R. 303  
Der Verwaltungsrat: Kaufner. Der Geschäftsführer: Förster.

## Oeffentliche Verbandssparkasse Langenbrücken.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand, einchl. Postcheck- und Reichsbankguthaben	13 174.75	1. Spareinlagen	254 785.63
2. Guthaben bei der Girozentrale Mannheim	6 371.45	2. Giroeinlagen	36 901.98
3. Darlehen auf Wechsel	8 430.50	3. Anlehenskapitalien	40 000.—
4. Darlehen auf Hypothek	95 027.90	4. Reichswahrscheinkredit	9 000.—
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	95 652.04	5. Sonstige Kapitalschulden	6 000.—
6. Darlehen auf Schuldschein	116 541.05	6. Rücklagen	
7. Darlehen an Gemeinden	18 500.—	a) von früheren Jahren	11 706.13
8. Betriebskapitalkonto	5 500.—	b) Reingewinn 1926	7 709.17
9. Einnahmerückstände	6 904.22		
10. Gerätschaften	1.—		
	366 102.91		366 102.91

### Berechnung der Rücklage:

Der gesetzliche Reservefond hat zu betragen:

5 % aus RM 291 687.61 Einlagen	RM 14 584.36
Er beträgt auf Schluß des Jahres 1926	RM 11 706.13
Zugänglich der Zuweisung vom Reingewinn 1926	RM 7 709.17
Verfügbare Überschuß	RM 4 830.94

Langenbrücken, den 1. April 1927. R. 278

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Ziegelmeier. Der Geschäftsführer: Ditzgefer.

### Güterrechtsregister.

Bruchsal. S. 299.  
Güterrechtsregistertrag Band III Seite 159. Frank, Martin, Schlosser, u. dessen Ehefrau Franziska geb. Barth in Bruchsal. Durch Vertrag vom 4. März 1927 ist die Ertragsgemeinschaft nach den §§ 1519 ff. B. G. B. vereinbart. Sämtliches Vermögen der Ehefrau ist gemäß § 1526 B. G. B. zu ihrem Vorbehaltsgut erklärt.

Bruchsal, 28. März 1927.  
Bad. Amtsgericht III.

### fachmännisch geschulter Wohlfahrtsbeamter

für den Sekretariatsdienst gesucht.  
Bezahlung in Gruppe VI des Tarifabkommens für die Angestellten der bad. Staatsverwaltung mit der Möglichkeit im Bewährungsfalle bald nach Gruppe VII aufzurücken.

Es kommen nur Bewerber mit guter Allgemeinbildung, möglichst mit Abschlußprüfung einer Fachschule, welche durchaus zuverlässig und selbständig arbeiten, sowie längere gründliche Betätigung in allen Zweigen der Wohlfahrts- und Jugendpflege nachweisen können, in Betracht.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind abends unter Nr. 309 an die Leitung dieser Zeitung zu richten. Bewerber muß Stenographie und Schreibmaschine beherrschen.